

Mit amtlichen Schluschkursen

Sächsische Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 171/238

In ganz Halle die einzige 9 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis: monatlich 140 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anzeigenstellen entgegen. — Höherer Gewalt erbindet den Vertrag von Schadenersatz. —
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 20 512.

Halle-Saale
Mittwoch, 8. Oktober 1924

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 84 mm breit mit-ebenermäßig 13 Pfennig. Mehrere Anzeigen 8 Pfennig, Familienanzeigen 5 Pfennig. Einmalige Anzeigen 5 Pfennig. Die 4 Spalten 60 mm breit mit-ebenermäßig 12 Pfennig. Robat nach Art. Verlängerungen: Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Straße 30. Fernruf Ost Kurirtel Nr. 8290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Fax Nr. Druck von Otto Hölzer, Halle-Saale.

Das Spiel mit der Reichstagsauflösung Mary drängt auf Antwort

Vor der Entscheidung

Berlin, 9. Oktober.

(Von unferer Berliner Schriftleitung.)
Von innerpolitischen Kriegsschauplatz ist Neues nichts zu melden. Von links wird immer noch die Reichstagsauflösung als unvermeidlich hingestellt. Zufällig liegen auch einige Anzeichen dafür vor, daß der Reichspräsident mit dem Gedanken umgeht, Herrn Mary das Auflösungsdekret in die Hand zu geben. Die berühmten Richtlinien des Reichskanzlers waren ebenfalls am 4.8.24 noch nicht auf der Deutschnationalen Partei eingetroffen, was wohl ein Beweis dafür ist, daß ihre Redaction nicht so einfach verfaßt, wie es regierungsförmlich behauptet wird. Sollten sie bis morgen früh eingebracht sein, so wird die deutschnationale Parteileitung sie selbstverständlich einer eingehenden Prüfung unterziehen und sie dann der Fraktion vorlegen, die die Entscheidung über die weitere Stellungnahme der deutschnationalen Partei zu leiten hat.

Der Kanzler erwartet die Antworten bis Mittwochabend

Berlin, 7. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Richtlinien des Reichskanzlers werden den Fraktionen am Mittwoch morgen ausgehändigt werden, damit sie ihre Beratungen zugrunde legen können. Wie wir an zukünftigen

Stellen erfahren, hat der Kanzler die Fraktionen gebeten, ihm bis Mittwoch abend 8 Uhr ihren Bescheid mitzuteilen. In politischen Streifen rechnet man aber kaum damit, daß bereits am Mittwoch abend eine abschließende Klärung der parlamentarischen Situation vorliegen wird. Entgegen anderlautenden Nachrichten ist festzustellen, daß an eine Veröffentlichung der Richtlinien vorerst nicht gedacht wird.

Die Richtlinien des Kanzlers

Berlin, 7. Oktober.

Bevor die von Reichskanzler entworfene und vom Reichspräsidenten genehmigte Richtlinien für die künftige Führung der äußeren und der inneren Politik weiß die „Sächsische Zeitung“ folgendes zu berichten: Als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft wird das grundsätzliche Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatssituation durch die Reichsregierung erklärt. Die wichtigste Grundlage für die Führung der äußeren Politik soll das Londoner Abkommen sein. Die lokale Durchführung des Dawes-Behages ergibt sich daraus als selbstverständlich. Innerpolitisch soll eine gerechte Verteilung der neu erwirtschafteten Einnahmen erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung. Auch auf die Kulturpolitik und Wirtschaftsverfahren sollen sich die Richtlinien. Das Programm ist nur in ganz großen Umrissen gezeichnet. Detailverhandlungen sind eventuell für ein späteres Stadium vorbehalten.

Die englischen Neuwahlen unvermeidlich

Macdonalds Verantwortlichkeit

London, 7. Oktober.

Die heutigen Morgenblätter sind fast einmündig der Meinung, daß eine Neuwahl und Auflösung des Parlaments unvermeidlich geworden ist. Als Grund für die Auflösung wird der gestrige Kabinettsbesitz angeführt, wonach die Regierung sich weder der Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses noch einem Mißtrauensantrag weigern werde. Damit scheint die Lage geklärt zu sein. Besonders der „Daily Express“ ist der Meinung, daß Macdonald ein doppeltes Spiel treibe. Wenn das seine Absicht auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Neuwahl unvermeidlich ist, so lasse ein Interview von Macdonald, das gestern in die gesamte Presse herausgegeben worden sei, das Gegenteil des Kabinettsbeschlusses. Unangekündigt sei es, daß Macdonald den Versuch mache, in die Reihen der Gegner der Regierung hineinzutreten. Wie schon gemeldet, besteht im Inneren der liberalen Partei ein ernstes Einigkeit über die Notwendigkeit einer Neuwahl, und man befürchtet in der untern Hälfte der Partei, daß die Liberale, wie man so sagen pflegt, Angst vor der eigenen Courage bekommen könnten. Auf diese Befürchtung ist die ganze Debatte der konservativen und unionistischen Mitglieder zurückzuführen. Sie bemühen sich, die liberale Partei unter allen Umständen vor einem Umsturz zu bewahren. Macdonald hat zweifellos mit seinem Kabinettsbesitz, der als einzige mögliche Forderung aus einem Mißtrauensvotum mit oder ohne Wählern, mit oder ohne Untersuchungs Ausschuß, Neuwahlen vorstelt, einen schließlichen Erfolg erlangt. Lloyd George hat gestern in einer Rede mit großem Aufwand die Frage der Verantwortlichkeit für die Neuwahl angeschnitten und dazu erklärt, daß der Premierminister für die Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten einer Neuwahl verantwortlich wäre, die sein Wähler hätte. Der Premierminister habe die Möglichkeit eines Untersuchungs Ausschusses als einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett bezeichnet und dadurch die Neuwahl überstürzt herbeigeführt.

Rede Macdonalds auf dem Parteitag der Labour-Party

London, 7. Oktober.

(Durch Funkdruck.)

Macdonald hat seine mit Spannung erwartete Rede auf dem Parteitage der Arbeiterpartei gehalten. Er gab mit aller Deutlichkeit zu verstehen, daß die Regierung sowohl das Ziel als auch den Zweck der Neuwahl sei. Er erklärte, daß die liberale Partei unter allen Umständen vor einem Umsturz zu bewahren habe und die bei der in der Mittwoche des Interimbüros zur Erörterung stehen.

Die englischen Hintergedanken bei der Anleihe

London, 7. Oktober.

Die „Times“ enthalten in einem Beilageartikel die Deutschland, die den Wählern der Weisungen in Bezug auf die deutsche Anleihe zugrunde liegt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Niemand kann vergessen, noch würde es gerecht sein, es zu vergessen, daß eine Million verloren hat. Die Erinnerung dieser deutschen Angriffe unferen hat. Die Erinnerung dieser Katastrophe darf nicht aus dem Gedächtnis dieser oder der nächsten Generationen gelöscht werden. Als Rest müssen wir diese Erinnerung bewahren, wenn wir uns unsere Freiheit und unter ihrer Trüben sollte. Nur die starke Überzeugung, daß die Aufbringung der Anleihe im Interesse des europäischen Friedens und der Wiederherstellung normaler Wirtschaftstätigkeit liegt, kann Männer wie Baldwin über, Gambleton und George sowie die Führer der Arbeiterpartei offenbar dazu bewegen, eine Operation zu unterstützen, von der sie wußten, daß sie der Natur der Dinge nach dem britischen Volk keine Begeisterung einflößen könne.“

Gegenüber den Befürchtungen, die Anleihe könne den deutschen Wirtschaftszweig zerschlagen, steht das Wort, daß der psychologische Wert der Anleihe höher sei als ihr wirtschaftlicher, und daß Deutschland ein Jahr nach dem formellen Inkrafttreten des Dawes-Behages den Millionen 50 Millionen, das heißt 10 Millionen Pfund Sterling mehr, als die Anleihe brachte, zahlen würde. Der Zweck der Anleihe sei ein Schritt des Fortschritts in die deutsche Wirtschaft zu schaffen, um nach Deutschland die ausländischen Guthaben zurückzubringen, die während der Inflationszeit aus dem Lande gedrückt worden seien. Soweit die Selbstbestimmung Deutschlands in Betracht käme, sei die Anleihe nur eine Bagatelle. Die Anleihe sei eine Währungsmaßnahme, um eine wirtschaftliche Krise zu überbrücken, und werde die Wirtschaft zu retten. Unter Verwahrung der Sicherheit für die Anleihe betont „Times“ am Schluß, daß die Anleihe denen sehr zugunsten werde, die die Vorteile einer solchen Anleihe verdienen.

Konferenz französischer Bankiers bei Gerriot

Paris, 7. Oktober.

(Durch Funkdruck.)

Gestern vormittag fand eine Konferenz führender Verantwortlichen der französischen Finanzwelt unter Vorsitz Gerriots und des Finanzministers Clemenceau statt. Die Beratung dauerte von 10 bis 11 Uhr. Gerriot leitete sie ab, indem welche bestimmten Auskünfte über das Ergebnis der Sitzung zu erteilen. In den nächsten Tagen soll eine Konferenz erneut zusammenkommen.

Die Möglichkeit einer Kollektivantwort auf das deutsche Memorandum

London, 7. Oktober.

In einer Besprechung der Verhandlungen über eine Kollektivantwort der im Völkerbund vertretenen Mächte auf das deutsche Memorandum wird der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraphs folgendes aus: Die Verhandlungen über die Antwort hielten sich, soweit England in Betracht kommt, nur auf einen Meinungsaustausch mit Paris beschränkt, d. h. die englische Regierung hätte diese Frage nicht mit den anderen Mächten besprochen, obwohl bereits am Freitag der deutsche Standpunkt, der zunächst nur mündlich vorgebracht worden wäre, auf Wunsch des englischen Auswärtigen Amtes in schriftlicher Form überreicht worden sei. Die juristische und diplomatische

Rage ist nach Meinung des Korrespondenten sehr komplex. Die englischen, französischen und die anderen Mächte sollen sich dafür hüten, die Auffassung und die Rechte der Völkerbund-Verammlung zu präjudizieren. Gleichzeitig oder könnten diese Mächte ihre eigenen Anschauungen hinsichtlich einiger oder aller von Deutschland vorgebrachten Fragen vertraulich mitteilen. Zu diesem Fall wäre es möglich, daß England und Frankreich übereinstimmend formieren, unter gewissen Bedingungen eine günstige Antwort auf die deutschen Forderungen hinsichtlich der Bewährung eines permanenten Stilles im Völkerbund zu erteilen. Andererseits könnten beide Länder betonen, daß es unmöglich sei, eine Vereinerung von den Verpflichtungen einiger Sanctionsstaaten des Völkerbundes zu gewähren. Es dürfte jedoch nicht sehr leicht sein, eine materielle Vereinbarung über die deutsche Forderung auf absolute Gleichberechtigung bei der Behandlung von absoluten und bezüglichen Fragen zu erzielen. Immerhin hofft man, daß eine Entscheidung in dieser Frage in London im Laufe der gegenwärtigen Woche erredet wird.

Zur französischen Antwort auf das deutsche Memorandum

Berlin, 7. Oktober.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt in seiner heutigen Abendausgabe zu der französischen Antwort auf das deutsche Memorandum: Die Antwort bietet für eine Fortsetzung der bisherigen Völkerbundpolitik nur eine sehr schwache Unterlage. Ein Widerspruch zum Völkerbundpaß liegt ferner in dem französischen Entlangen, daß Deutschland sein Antrag ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen stellen. Der Artikel I des Völkerbundpates schreibt ein solches Verfahren nur für die neutralen Mächte vor. Für Deutschlands Eintritt in der Artikel 8 des Paktes geregelt wird, ist eine solche Bestimmung nicht vorgesehen. Es ist auch schwerlich anzunehmen, daß die deutsche Regierung auf Vorbehalt verzichten kann.

Kein zweites Memorandum

Berlin, 7. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie wir an zukünftige Stellen erfahren, entspricht die Nachricht eines Berliner Abendblattes, daß die Reichsregierung in der Völkerbundfrage ein zweites Memorandum an die auswärtigen Mächte abzugeben beabsichtigt, nicht den Tatsachen. Solange die üblichen Antworten nicht vorliegen, ist noch gar nicht abzusehen, welche Art die nächsten deutschen Schritte sein werden. An diesem Zusammenhang ist übrigens zu bemerken, daß der Anwesenheit Britischer Bankiers in Berlin weniger politische als stimmungsmäßige Bedeutung zukommt. Der norwegische Forscher, der gestern dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister die deutsche Angelegenheit hatte, wird am Mittwoch mit dem Reichskanzler sein.

Fochs Krieg gegen den Bolschewismus

München, 7. Oktober.

Der „Sammerische Kurier“ führt heute mit seinen Veröffentlichungen aus den Geheimakten von Versailles fort, und zwar diesmal mit Mitteilungen über Fochs Krieg gegen den Bolschewismus im Jahre 1919. Wir entnehmen ihnen folgenden: Von Anfang an trat ein harter Gegensatz zwischen Amerika und England auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite in diesen Fragen hervor. Präsident Wilson und Lloyd George hielten es für unmöglich, aktiv in diese russischen Verhältnisse einzugreifen. Sie waren für Verhandlungen mit der Sowjetregierung. Nachdem der Plan einer Zusammenkunft von Delegierten der Verbündeten mit russischen Vertretern auf der Bringen-Insel gescheitert war, traten Lloyd George und Wilson zwar als Willen der französischen Regierung direkt mit der Sowjet-Regierung in Verbindung. Von den englischen Staatsmännern trat nur Churchill, wenigstens für den Fall, daß eine Verständigung mit den Bolschewisten nicht zu erzielen sei, für kriegerische Maßnahmen ein. Er beantragte, daß ein Ausbruch eingeleitet werde, der für diesen Fall einen Kriegsplan ausarbeiten sollte. Clemenceau hat sich in der Debatte also schärfte für ein aktives Vorgehen ausgesprochen. Am 25. Februar gab Marshall Foch eine Auseinandersetzung der Lage im Osten, wobei er sich mit auf den Standpunkt von Clemenceau stellte. In der Sitzung vom 17. März, wies er darauf hin, daß Polen sich in seiner bedrohter Lage befinde. Hilfe sei dringend nötig. Nach Allenberg müßten Truppen über die österreichische und rumänische Bahn gebracht werden. Auch müsse Rumänien seine Armees zur Verfügung stellen. Diese Anschauungen forderte Foch energische Maßnahmen. Der Oberste Befehlshaber der französischen Armee, General Foch, die Oberste Obere verfügte darauf dem General Foch die Genehmigung, diese Idee weiter zu verfolgen. Aus den Aufzeichnungen geht hervor, daß Foch und Clemenceau auf einem Berathungsbündnis gegen Rußland im Laufe des Jahres 1919 bereit waren. Sie bezweifelten es als eine unbedingte Pflicht der kleinen Staaten im Osten, sich für Frankreich ins Feuer zu lassen, und die Kenntnis solcher Pläne sollte den Rumänen, Griechen, Tschechen und Polen hinsichtlich ihrer Warnung dienen, wessen sie sich von Frankreich auch in Zukunft zu wahren haben würden.

